

---

**Die „Alternative für Deutschland“:  
Gekommen, um zu bleiben?**

---

**Nele Wissmann**

*September 2015*

Comité d'études des relations franco-allemandes

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über große internationale Fragen informiert und diskutiert. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch seine Studien und Debatten, die interdisziplinär angelegt sind, bringt das Ifri Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Forscher und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Mit seinem zweiten Büro in Brüssel (Ifri-Bruxelles) positioniert sich das Ifri als eines der wenigen französischen *think tanks* im Kern der europäischen Debatte.

*Die Verantwortung für die im weiteren Text  
geäußerten Standpunkte trägt der Autor.*

Diese „Note du Cerfa“ wird im Rahmen des „Deutsch-französischen Zukunftsdialogs“ veröffentlicht. Der „Deutsch-französische Zukunftsdialog“ ist ein Projekt des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der

**Robert Bosch Stiftung**

Die Aktivitäten des Cerfa (Forschung, Editing und Publikationen) werden von dem Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und dem Planungsstab des Ministère des Affaires étrangères et du Développement international gefördert.



Herausgeber: Dr. Barbara Kunz, Prof. Dr. Hans Stark

ISBN: 978-2-36567-462-1

© Ifri – 2015 – Tous droits réservés

Ifri  
27 rue de la Procession  
75740 Paris Cedex 15 – FRANCE  
Tel.: +33 (0)1 40 61 60 00  
Fax: +33 (0)1 40 61 60 60  
Email: [accueil@ifri.org](mailto:accueil@ifri.org)

Ifri-Bruxelles  
Rue Marie-Thérèse, 21  
1000 – Bruxelles – BELGIQUE  
Tel.: +32 (0)2 238 51 10  
Fax: +32 (0)2 238 51 15  
Email: [info.bruxelles@ifri.org](mailto:info.bruxelles@ifri.org)

Website: [ifri.org](http://ifri.org)

## Über die Autorin

---

Nele Katharina Wissmann ist seit September 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa). Innerhalb des Cerfa ist sie insbesondere für die Koordination des Projekts „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ verantwortlich, das in Kooperation mit der DGAP läuft und von der Robert Bosch Stiftung finanziert wird. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die deutsche Debatte zu Einwanderung und Integration sowie Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

# Zusammenfassung

---

Als die „Alternative für Deutschland“ (AfD) nur wenige Monate nach Parteigründung bei den Bundestagswahlen am 22. September 2013 4,7% der Zweitstimmen gewann und nur rund 130.000 Stimmen zum Einzug in den Deutschen Bundestag fehlten, nannte der Parteien- und Wahlforscher Oskar Niedermayer dies ein „erfolgreiches Scheitern“.

In der Tat mobilisierte die „Anti-Euro-Partei“ auf Bundesebene in kürzester Zeit eine Wählerschaft, wie dies zuvor noch keiner neugegründeten Partei gelungen war. Während Parteiforscher davon ausgingen, dass die Ein-Themen-Partei sich nur kurzfristig in der deutschen Parteienlandschaft halten würde, erlangte die Partei bei den Europawahlen 2014 mit 7% weit mehr als einen Achtungserfolg.

Der Lagerkampf zwischen dem liberal-konservativen und dem national-konservativen Flügel führten im Sommer 2015 jedoch zu einer Abspaltung des moderateren liberal-konservativen Flügels und der Gründung der Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“(Alfa).

Die AfD, die sich zunehmend zu einer Mehr-Themen-Partei mit (rechts-)populistischem Profil entwickelt, erlangt in aktuellen Umfragen, auch unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise, 5% der Wählerstimmen. Es scheint derzeit dennoch fraglich, ob die Partei im Jahr 2017 die Fünf-Prozent-Hürde und somit den Einzug in den Bundestag schafft. Deutlich wurde hingegen, dass in Deutschland Potential für eine „Anti-*Establishment*-Partei“ am rechten Rand des Parteienspektrums besteht.

## Executive Summary

---

Only a few months after it had been founded, the Alternative for Germany party (AfD) won 4.7% of the second votes in the federal elections, on 22 September 2013 – only 130,000 short of what was required for entry into the German Bundestag. Party and election researcher Oskar Niedermayer called it a "successful failure".

In fact, the anti-euro party mobilized voters much faster than any other new party at the federal level has done previously. While party researchers forecasted that the "single-issue party" would only briefly be part of the German party system, in the European elections of 2014 the AfD achieved more than a *succes d'estime*, winning 7% of the votes.

Infighting between the party's liberal-conservative and national-conservative wings led to the former, more moderate wing splitting off, and forming a new party, the Alliance for Progress and Renewal (Alfa).

The AfD, which has been turning increasingly into a "multi-issue party" with a (right-wing) populist profile, is getting 5% support according to recent opinion polls. This must certainly be seen in the context of the ongoing refugee crisis. Whether the party will beat the 5% threshold needed to enter the *Bundestag* in 2017 yet remains to be seen. It is nevertheless clear that there is room for an "anti-establishment party" on the right wing of the political spectrum in Germany.

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>EINLEITUNG</b> .....	<b>5</b>
<b>GRÜNDUNG UND AUFSTIEG EINER „EIN-THEMEN-PARTEI“</b> .....	<b>6</b>
<b>Wandel der deutschen Parteienlandschaft</b> .....	<b>7</b>
<b>Wahlergewinnung und -bindung</b> .....	<b>11</b>
<b>EINE „MEHR-THEMEN-PARTEI“ MIT EINEM ZUNEHMEND (RECHTS-) POPULISTISCHEN PROFIL</b> .....	<b>14</b>
<b>Deutsche FPÖ oder konservativere FDP?</b>	
<b>Wie weit rechts steht die AfD?</b> .....	<b>15</b>
<b>Die AfD, ein Nachzügler auf EU-Ebene</b> .....	<b>20</b>
<b>PERSPEKTIVEN DER AfD UND ALTERNATIVEN ZUR „ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND“</b> .....	<b>24</b>
<b>FAZIT</b> .....	<b>29</b>
<b>NOTES DU CERFA</b> .....	<b>30</b>
<b>Letzte Veröffentlichungen des Cerfa</b> .....	<b>30</b>
<b>DAS CERFA</b> .....	<b>31</b>

# Einleitung

---

In den letzten Jahren sind europaweit neue Parteien am rechten Rand des Parteienspektrums entstanden, die durch populistische Inhalte und die Positionierung als Anti-Establishment-Bewegungen Wählerpotential mobilisieren konnten. Deutschland schien in diesem Hinblick lange Zeit eine Ausnahme darzustellen.

Die Gründung der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Jahr 2013 veränderte die deutsche Parteienlandschaft zumindest mittelfristig. Es ist im Herbst 2015 jedoch zunehmend fraglich, ob sich die Partei, auch angesichts ihrer zunehmend rechtspopulistischen Ausrichtung, längerfristig etablieren wird. Deutlich wurde hingegen das Potential einer Anti-Establishment-Partei in Deutschland.

Bereits im Jahr 2010 entstand der Neologismus „Wutbürger“, der in Deutschland inzwischen in den täglichen Redegebrauch eingegangen ist. Die „Wutbürger“ haben mit den bürgerlichen Traditionen gebrochen und wenden sich aus Enttäuschung über die politische Elite Anti-Establishment-Parteien und –Bewegungen zu, die sich häufig populistischer Inhalte bedienen.

Durch die Gründung der AfD wurde die Lücke einer euroskeptischen Partei in Deutschland geschlossen. Die Partei positionierte sich bewusst als Alternative zu der europapolitischen Linie der Bundesregierung. Der vorliegende Artikel zeichnet die Entwicklung der AfD als euroskeptische „Ein-Themen-Partei“ hin zu einer zunehmend rechtspopulistischen „Mehr-Themen-Partei“ nach. Analysiert werden das Wählerpotential der Partei bei den kommenden Landtagswahlen im Jahr 2016 und der Bundestagswahl 2017 sowie die Wahrscheinlichkeit einer längerfristigen Wählerbindung von „Wutbürgern“ durch die AfD.

# Gründung und Aufstieg einer „Ein-Themen-Partei“

---

Als die AfD nur wenige Monate nach Parteigründung bei den Bundestagswahlen am 22. September 2013 4,7% der Zweitstimmen gewann und nur rund 130.000 Stimmen zum Einzug in den Deutschen Bundestag fehlten, nannte der Parteien- und Wahlforscher Oskar Niedermayer dies ein „erfolgreiches Scheitern“<sup>1</sup>. In der Tat mobilisierte die „Anti-Euro-Partei“ auf Bundesebene in kürzester Zeit eine Wählerschaft, wie dies zuvor noch keiner neugegründeten Partei gelungen war. Während Parteiforscher davon ausgingen, dass die „Ein-Themen-Partei“ sich nur kurzfristig in der deutschen Parteienlandschaft halten würde, erlangte die Partei bei den Europawahlen 2014 mit 7% weit mehr als einen Achtungserfolg. Die liberale „Freie Demokratische Partei“ (FDP), Koalitionspartner der Unionsparteien CDU/CSU auf Bundesebene von 2009-2013, fuhr hingegen 2014 mit 3,4% nach dem Scheitern bei den Bundestagswahlen eine zweite große Niederlage ein. Der Einzug der AfD in die Landesparlamente von Sachsen, Brandenburg und Thüringen im Jahr 2014 und in die Stadtparlamente von Hamburg und Bremen im Jahr 2015 bestätigte das Bild einer aufsteigenden Partei. Befindet sich das lange als unumstößlich wahrgenommene deutsche Fünf-Parteien-System nun in einem Wandlungsprozess?<sup>2</sup>

Angesichts der parteiinternen Streitigkeiten der Partei und der Abtrennung des liberal-konservativen Flügels im Juli 2015, die zur Gründung der Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (Alfa) führte, scheint diese Prognose verfrüht. Deutlich wurde hingegen, dass in Deutschland eine Wählerschaft mobilisiert werden kann, die sich politisch rechts von der CSU definiert. Das Credo „Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben“, das 1986 von Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß als Reaktion auf den Wahlerfolg der national-konservativen Partei „Die

---

1. Oskar Niedermayer, „Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland“, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*, Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, 2015, S. 175–207.

2. Von 1990 bis 2013 gab es im Deutschen Bundestag fünf Parteien beziehungsweise (im Falle der Unionsparteien) Fraktionen: CDU/CSU, SPD, FDP (jeweils seit 1949, FDP bis 2013), Grüne (seit 1983) und Die Linke (seit 1990; früher unter anderen Bezeichnungen).

Republikaner“ (REP) ausgesprochen wurde, scheint somit spätestens seit 2014 obsolet.

## **Wandel der deutschen Parteienlandschaft**

Die Erfolge der Partei in den Jahren 2013/2014 sind vor allen Dingen dadurch zu erklären, dass die AfD durch europakritische Themen eine „Angebotslücke“ im deutschen Parteiensystem schloss: Keine der etablierten Parteien trug in den europapolitischen Entscheidungsjahren 2013 und 2014 auf gesamtparteilicher Ebene<sup>3</sup> zu einer kontroversen Auseinandersetzung mit der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Eurozone bei. Der Konsens der „Altparteien“ gegenüber der Euro-Rettungspolitik – Alternativen zum finanzpolitischen Kurs wurden nur von einzelnen Abgeordneten thematisiert – wurde nicht der gesamten Stimmungslage in der deutschen Gesellschaft gerecht. Zwar ermittelten Umfragen im Juni 2013, dass die Wähler der CDU-CSU die größte Kompetenz bei der Bewältigung der Euro- und Schuldenkrise zuschrieben – fast jeder Zweite (45%) setzte auf die Union – gleichzeitig sahen jedoch 35% der Deutschen diese Kompetenz bei keiner der etablierten Parteien.<sup>4</sup>

Zusätzlich spielte der neugegründeten Partei in die Hände, dass sich die gesamte deutsche Parteienlandschaft ab den 2000er-Jahren in einem Wandlungsprozess befand. Die Agenda 2010 führte zu einer Schwächung der Sozialdemokratie und somit langfristig zu einer Verschiebung auf der linken Seite des Spektrums. Eine unmittelbare Folge dieser Verschiebung war die Gründung der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) und deren spätere Fusion mit der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) zur Partei „Die Linke“. Wenngleich Rot-Rot-Grün (SPD-Die Linke-Die Grünen) derzeit die einzige Machtoption für die Parteien im linken Parteienspektrum im Bund 2017 zu sein scheint, stehen die Parteispitzen dieser Option skeptisch gegenüber; eine regierungsfähige Koalition scheint zunehmend unwahrscheinlich. Die AfD profitierte auch von der Tatsache, dass einem Teil der konservativen Wählerschaft die CDU zu „sozialdemokratisch“<sup>5</sup> wurde: Die Abschaffung der Wehrpflicht (2011), der Atomausstieg (2011),

---

3. Zu betonen ist, dass es innerhalb der Regierungsparteien durchaus Abweichler vom Kurs gab: Erstes Hilfspaket für Griechenland (2010) 4 Gegenstimmen bei der CDU/CSU; Zweites Hilfspaket (2012) 13 Gegenstimmen; Verlängerung der Griechenlandhilfen (2015) 29 Gegenstimmen; Drittes Hilfspaket (2015) 63 Gegenstimmen.

4. ARD-DeutschlandTREND von Juni 2013, abrufbar unter: <[www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2013/juni/](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2013/juni/)> [letzter Zugriff 24. August 2015].

5. Besondere Kritik kam von Unionsfraktionsvize Hans-Peter Friedrich (CSU). Die AfD hätte laut ihm „kein Bein auf den Boden bekommen“, wenn die Themen durch die CDU/CSU eingenommen worden wären. Kanzlerin Merkel hätte sich aber vielmehr dazu entschlossen, „SPD und den Grünen die Themen wegzunehmen“.

der Umbau des dreigliedrigen Schulsystems (2011), die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft sowie die Diskussionsbereitschaft über Homo-Ehe werden nicht von der gesamten Basis getragen.

Auch wenn die Parteiengründung in Deutschland grundsätzlich frei ist, hatten es kleinere Parteien in Deutschland, gerade angesichts Fünf-Prozent-Hürde, immer schwer, sich zu etablieren. Gelungen ist dies bisher nur den Parteien „Bündnis 90/Die Grünen“ (Gründung 1980) und der WASG (Gründung 2005, später „Die Linke“). Sie stießen sich vor allen Dingen an der Kontinuität und Integrationskraft der bereits etablierten Parteien. In den Parteienwettbewerb kam jedoch gerade in den Wahljahren 2013 und 2014 neuer Wind, da auf der Nachfrageseite nach eurokritischen und konservativen Alternativen gesucht wurde und der Kontext der Krisen in der Eurozone verstärkend das Fehlen einer Anti-Euro-Partei aufzeigte.<sup>6</sup> Für einen Teil der liberal-konservativen Wählerschaft waren die Euro-Rettungspläne das, was die Agenda 2010 für die Sozialdemokratie war: ein Bruch mit den programmatischen Sicherheiten, die vorher als unumstößlich galten. Das Wort „alternativlos“ wurde im Jahr 2010 zum Unwort des Jahres gekürt, nachdem Kanzlerin Angela Merkel die finanzielle Hilfe für Griechenland als „alternativlos“ bezeichnete und somit der euroskeptischen Partei den Weg ebnete. Der Parteiname „Alternative für Deutschland“ kann somit als deutliches Augenzwinkern in Richtung des konservativen Lagers gewertet werden.

Der Durst der deutschen Wähler nach einer „Anti-Establishment-Partei“ wird auch dadurch aufgezeigt, dass einer weiteren „Protestpartei“, der „Piratenpartei Deutschland“, 2011 der Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus und 2012 in die Landtage von Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und des Saarlandes gelang. Auch „Die Piraten“ waren als „Ein-Themen-Partei“ angetreten und fokussierten sich in den Anfangsmonaten vor allen Dingen auf das Thema Netzpolitik. Ihre basisdemokratische Aufstellung erschwerte es der Partei jedoch, die hohen Hürden des deutschen Wahlrechts zu nehmen und sich mittelfristig im deutschen Parteiensystem zu etablieren. Die AfD entschied sich hingegen bewusst gegen eine basisdemokratische Entwicklung, die Partei wurde von oben gegründet. Auch deshalb ist es der AfD im Vergleich schneller gelungen, ein strategisches Steuerungszentrum und auf Bundesebene eine professionelle Kampagne zu starten; gepolstert wurde diese Entwicklung durch die finanziellen Mittel, die der AfD (anders als den „Piraten“) durch Spenden ausreichend zur Verfügung standen.

---

6. Vergleiche hierzu die Ausführungen von Oskar Niedermayer zu den drei Dimensionen des Parteienwettbewerbs: Oskar Niedermayer, „Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei Deutschland“, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 41, n°3 (2010), S. 838-854.

Die Fehlen einer euroskeptischen „Anti-Establishment-Partei“ wurde von Bernd Lucke, Alexander Gauland und Konrad Adam genutzt, als sie im September 2012 gemeinsam mit anderen früheren CDU- und FDP-Mitgliedern den „Verein zur Unterstützung der Wahlalternative 2013“ gründeten, der sich zur Bundestagswahl 2013 den „Freien Wählern“<sup>7</sup> anschliessen sollte. Nach der Niederlage bei den Landtagswahlen 2013 in Niedersachsen kam es jedoch zu einer Trennung zwischen den beiden Partnervereinigungen. Das war auch dadurch bedingt, dass Vertreter der „Freien Wähler“ die Rückkehr zur D-Mark, die die Wahlalternative bundes- und europapolitisch anstrebte, für nicht vertretbar hielten.

Da sich der Sprecherrat der Wahlalternative dem Wählerpotential einer eurokritischen Partei bewusst war, entschied man sich am 6. Februar 2013 für die Gründung der Partei „Alternative für Deutschland“; beim ersten Parteitag wurden Bernd Lucke, Frauke Petry und Konrad Adam als die drei Parteivorsitzenden gewählt. Von Anfang an setzte die AfD dabei auf die ökonomische Expertise der Parteispitze. Die Strategie war nunmehr, Experten ausserhalb des politischen Systems das Wort zu erteilen und Lösungen auf Basis der Sachlage und weniger aus machtpolitischen Gründen zu erarbeiten.

Bernd Lucke ist (inzwischen beurlaubter) Professor für Makroökonomie an der Universität Hamburg. Er tat sich kurz vor den Bundestagswahlen 2005 als einer der Hauptinitiatoren des von 243 Wirtschaftswissenschaftlern unterzeichneten Appells für wirtschaftliche Reformen in Deutschland hervor. Er veröffentlichte zudem unter Eindruck der Finanzkrise ab 2007 einen Aufruf zur Gründung eines „Plenums der Ökonomen“, das sich 2012 mit sehr großer Mehrheit gegen eine Verlängerung des Euro-Rettungsschirms aussprach.<sup>8</sup> Eine tragende Rolle kam auch dem emeritierten Professor für Volkswirtschaftslehre Joachim Starbatty zu. Starbatty saß dem wissenschaftlichen Beirat der Partei bis zur Spaltung der Partei im Jahr 2015 vor und wurde durch seine Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht gegen die Einführung des Euro im Jahr 1997 sowie gegen die Griechenland-Hilfen und die Aufstockung des europäischen Rettungsfonds bekannt. Ergänzt wurde die Professorenriege durch konservative Meinungsführer wie Alexander Gauland, der von 1987 bis 1991 die Hessische Staatskanzlei leitete, und den ehemaligen politischen Chefkorrespondenten der konservativen Tageszeitung *Die Welt*, Konrad Adam. Teils implizit, teils explizit (wenn zum Beispiel Konrad Adam sich dafür einsetzte, den „Nettostaatsprofiteuren“ das

---

7. Die Bundesvereinigung „Freie Wähler“ ist eine aus dem kommunalpolitischen Bereich heraus entstandene Partei, die sich als Zusammenschluss kommunaler Wählergemeinschaften definiert. Derzeit ist die Partei im Bayrischen Landtag und im Europäischen Parlament vertreten.

8. Verschiedene Wirtschaftswissenschaftler, wie zum Beispiel Hans-Werner Sinn, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo), haben sich inzwischen aufgrund der politischen Aktivitäten Luckes von der Initiative losgesagt.

Wahlrecht zu entziehen<sup>9</sup>) vertrat man das apolitische Ideal einer „Elitenherrschaft aus dem vorletzten Jahrhundert“<sup>10</sup>. Dieses Ideal konnte sich jedoch nur kurzzeitig halten, wie die Abwahl des Parteivorsitzenden Bernd Lucke aus der Parteispitze im Sommer 2015, auch aufgrund seines autoritären Führungsstils, zeigt.<sup>11</sup>

Im Rahmen des Gründungsparteitags am 14. April 2013 verabschiedete die AfD in Stichworten gehaltene Leitlinien, die laut der Partei der „kurzen, verständlichen Vermittlung (der) wichtigsten politischen Anliegen“<sup>12</sup> dienen soll. Die Fertigstellung eines Wahlprogrammes durch verschiedene Fachausschüsse ist für Herbst 2015 vorgesehen. Stehen unter den Bereichen Bildung, Energie- und Integrationspolitik jeweils nur drei bis vier Kernforderungen, sind die Ausführungen zur Währungspolitik präziser und weitreichender. Gefordert wird so die geordnete Auflösung des „Euro-Währungsgebietes“ und die Wiedereinführung nationaler Währungen bzw. die Schaffung kleinerer und stabilerer „Währungsbündnisse“. Angestrebt wird zudem die Änderung der Europäischen Verträge, um das Ausscheiden aus der Eurozone zu ermöglichen. Kosten der Rettungspolitik – so fordert die Partei – sollen nicht vom Steuerzahler, sondern von Banken, *Hedge-Fonds* und privaten Großanlegern getragen werden. Auch der Schuldenschnitt für überschuldete Staaten wie Griechenland steht in der Programmatik der Partei.

Die „Westalgie der DM-Partei“<sup>13</sup> so resümierte der Politologe Karl-Rudolf Korte folgerichtig, setze die Partei in eine komfortable Ausgangslage, da sie die einzige Partei mit einem Alternativprogramm war und gleichzeitig – zumindest in den Anfangsmonaten – nicht weiter rechts als die CDU im Parteispektrum gesehen wurde. Die Gestaltung einer alternativen Europapolitik wurde dann im Wahlprogramm der AfD zur Europawahl 2014 noch deutlicher ausformuliert und zugespitzt und nunmehr nicht nur auf die Eurozone reduziert: Die EU, so schreibt die AfD, sei ein bürgerferner Kunststaat, der auf Vertrags- und Rechtsbrüche zurückgeht. Gefordert wird ein Ende der schleichenden EU-Erweiterung und -Vertiefung. Europa, so wünscht es sich die Partei, soll ein demokratischer, rechtsstaatlicher Bund freier souveräner Staaten mit

---

9. Konrad Adam stimmte in einer Kolumne der Forderung eines Gastkommentators zu: Konrad Adam, „Wer soll wählen“, *Die Welt*, 16. Oktober 2006, abrufbar unter: <[www.welt.de/print-welt/article159946/Wer-soll-waehlen.html](http://www.welt.de/print-welt/article159946/Wer-soll-waehlen.html)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

10. Christian Nestler und Rohgalf, Jan, „Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union: Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs“, *Zeitschrift für Politik*, Nr. 4 (2014), S. 409.

11. Lucke agierte häufig im Alleingang; Mitglieder der AfD hatten in der Partei kaum Mitbestimmungsrecht und durften so Thesenpapieren höchstens per Mail Zustimmung geben.

12. Abrufbar auf der Homepage der Partei unter: <[www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/programmatik/](http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/programmatik/)> [letzter Zugriff: 24. August 2014].

13. Karl-Rudolf Korte, Claus Leggewie, Marcel Lewandowsky, „Partei am Scheideweg: die Alternative der AfD“, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, vol. 60 (2015), n°6, S.61.

leistungsfähigem Binnenmarkt werden. Dazu gehört unabdingbar ein Abbau der Bürokratie, das Ende des doppelten Parlamentssitzes der EU, eine Reduzierung der Anzahl der Kommissare, eine Halbierung der Anzahl der EU-Beamten sowie einer Reduzierung ihrer steuerlichen Vergünstigungen inklusive eine Senkung des EU-Haushaltes.<sup>14</sup>

Paradoxerweise konnte die AfD aber aus dem weiteren Verlauf der Krise in der Eurokrise keinen Nutzen ziehen. Dieser Eindruck bestätigte sich vor allem im Sommer 2015. Die Zufriedenheit der Deutschen mit der Arbeit der Bundesregierung lag im Juli 2015 kurz nach den weiteren Entscheidungen zur Griechenlandkrise bei 57% und ist somit im Vergleich zum Vormonat sogar noch um 5 Prozentpunkte gestiegen, zweitbeliebtester Politiker ist Finanzminister Wolfgang Schäuble mit 70 Prozentpunkten Zustimmung.<sup>15</sup> Das Europathema, so kristallisierte es sich früh heraus, ist in Deutschland kein Selbstläufer und somit auch kein Erfolgsgarant. Die AfD hatte aber seit Parteigründung das Potential, sich als Sammelpartei rechts der Union zu etablieren und so erschien es auch für Teile der Parteiführung als durchaus sinnvoll, neben der Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt gesellschaftspolitische Themen auf die Agenda zu setzen.

## ***Wählergewinnung und -bindung***

Die Wählerschaft der AfD stellte sich bereits in den Anfangsmonaten als heterogen heraus. Dies ist wenig erstaunlich, da Protestparteien, die sich neu gründen, häufig als Sammelbecken verschiedener politischer Positionen dienen. Auffällig ist, dass die Partei gerade in den ersten Monaten ihres Bestehens Wähler anderer Parteien mobilisieren konnte; nur ein Zehntel der Wähler definierte sich bei den Bundestagswahlen als frühere Nichtwähler (210.000 Stimmen). Die AfD schien dabei vor allen Dingen von den inhaltlichen Schwächen der FDP zu profitieren, circa ein Fünftel der Wähler wanderten von der liberalen Partei zur AfD ab (430.000 Stimmen). Noch vor der Wählerwanderung aus der CDU (290.000 Stimmen) fand jedoch eine Wählerwanderung aus der Partei „Die Linke“ statt (340.000 Stimmen).<sup>16</sup>

---

14. Abrufbar auf der Homepage der Partei unter: <[www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf](http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

15. ARD-DeutschlandTREND von Juli 2015, abrufbar unter: <[www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2015/juli/](http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2015/juli/)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

16. Abrufbar auf der Homepage der Tagesschau: <[wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/analyse-wanderung.shtml](http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/analyse-wanderung.shtml)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

Dass nicht nur das bürgerliche Lager (CDU, FDP) Stimmen an die AfD verlor, scheint auf den ersten Blick erstaunlich. Zwar verortete die Partei sich laut dem damaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke nicht im Links-Rechts-Schema. Leitlinien und die Positionierung anderer Führungspersonlichkeiten liessen jedoch durchaus eine Verortung im liberalen bzw. konservativen Lager vermuten. So erklärte der ehemalige Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie Kai-Olaf Henkel bei seinem Parteieintritt, dass für ihn die AfD die letzte liberale Partei Deutschlands sei; Frauke Petry ordnete die Partei als konservative Kraft im demokratischen Spektrum ein. Gleichzeitig widersprach die Parteiführung nicht, wenn auf die möglichen Überschneidungen zwischen AfD und Linkspartei hingewiesen wurde; nicht nur um Stimmen abzuwerben, sondern auch als Argument, um dem Vorwurf, die Partei sei rechtspopulistisch, entgegenzuwirken. Mögliche Überschneidungen fanden sich durchaus in Bezug auf die Euro-Rettungspolitik gegen die von der Regierung betriebene Umverteilung von unten nach oben. Auch beim Wunsch nach direkter Demokratie und die damit verbundene Kritik am Europaparlament gab es Überschneidungen zwischen beiden Parteien.

Die Bundestagswahl 2013 zeigte zwei Tendenzen auf. Erstens wurde die Partei in ihren Anfängen eindeutig als Protestpartei wahrgenommen, eine Einordnung in das Links-Rechts-Spektrum schien für die Wähler sekundär: 37% der AfD-Wähler gaben so nach den Bundestagswahlen an, für die Partei gestimmt zu haben, weil sie mit den anderen Parteien unzufrieden seien. Gerade die Linkspartei verlor dabei an Stimmen und dies insbesondere im Osten Deutschlands. Während die AfD im Westen auf 4,5% der Zweitstimmen kam, lag der Anteil in den neuen Ländern mit 5,9% über der Fünfprozenthürde. Zweitens war für mehr als die Hälfte der Wähler die Euro-Krise ausschlaggebend für die Wahlentscheidung, gerade das bürgerliche Lager verlor dabei Stimmen an die AfD. Während 42% aller deutschen Wähler bei den Bundestagswahlen 2013 den Euro eher als Nachteil betrachteten, lag der Anteil bei den AfD-Wählern bei 80%.<sup>17</sup> Die europakritischen Elemente schienen so anfänglich den Erfolg der Partei zu einem nicht unbeachtlichen Anteil zu bedingen.

Wie bei jeder Protestpartei lag die Herausforderung nach den Bundestags- bzw. Europawahlen jedoch im Aufbau einer Wählerbindung. Ein nicht unbeachtlicher Anteil der Wähler hatte sich in der Tat erst kurz vor den Wahlen für die AfD entschieden und nahm das Kreuzchen für die euroskeptische Partei vor allen Dingen als Denkmittel für die etablierten Parteien wahr. Gleichzeitig liess die Heterogenität der Wählerschaft schon früh ahnen, dass der Protest

---

17. Abrufbar auf der Homepage der Forschungsgruppe Wahlen: <[www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsI\\_BTW\\_2013.pdf](http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsI_BTW_2013.pdf)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

sich nicht nur auf das Thema „Europapolitik“ beschränken würde, sondern schon bald weitere „Konflikt“-Themen wie Zuwanderung und die Rolle des Islams in Deutschland auf der Agenda stehen würden. Folglich war die Verortung im rechten Parteienspektrum nunmehr unabdingbar. Wer „Faulenzer“ aus Griechenland loswerden will, will auch keine „Einwanderung in Sozialsysteme“, wer eine Leitwährung einführen will, der ist auch für „Leitkultur“, so formulierte es die Wochenzeitung DIE ZEIT zugespitzt aber folgerichtig.<sup>18</sup>

---

18. Bernd Ulrich, „AfD – Die Spaltung“, *Die Zeit*, n° 21, 2015, abrufbar unter: <[www.zeit.de/2015/21/afd-spaltung-partei-bernd-lucke](http://www.zeit.de/2015/21/afd-spaltung-partei-bernd-lucke)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

# Eine „Mehr-Themen-Partei“ mit einem zunehmend (rechts-) populistischen Profil

---

Während die Partei bis heute nicht über ein umfassendes Parteiprogramm verfügt, helfen die nach einer umfassenden Mitgliederbefragung im Mai 2014 verabschiedeten „Politischen Leitlinien der Alternative für Deutschland“<sup>19</sup> nur bedingt bei der politischen Einordnung der Partei. Im Vorwort beschreibt sich die AfD als Protestpartei, die sich nicht „vom Meinungs-*Establishment* in die allzu schnell geöffneten Schubladen der alten Politik-Kommoden stecken lässt“. Gleichzeitig soll der bürgerlich-konservativen Mehrheit in Deutschland eine Stimme gegeben und das Wahlprogramm, das bei Bundestagswahl 2013 „noch recht fokussiert“ war (gemeint ist der Fokus auf die Europolitik) mehr Breite und Tiefe erhalten.

Dass die AfD von Anfang an als populistische Strömung einzuordnen war, liegt auf der Hand. Offen definierte man sich als Anti-*Establishment*-Partei. Der Parteislogan „Mut zur Wahrheit“ ist als Aufruf zu einem *Grassroots movement* zu verstehen. Dass die Partei von oben als „Akademikerpartei“ und nicht basisdemokratisch aufgezogen wurde, schien dabei nicht hinderlich. Die Partei- und Wahlforschung war sich jedoch lange Zeit nicht einig, ob die Partei dem Rechtspopulismus zuzuordnen ist. In diesem Fall würde sich die populistische Spannungsachse zwischen „den“ Bürgern und der politischen Elite durch einen dritten externen Faktor d.h. zum Beispiel den Konflikt mit Einwanderern Asylanten, Muslimen etc. erweitert. Die Partei selbst stritt dies lange Zeit vehement ab.

Da nur wenige schriftliche Dokumente von der AfD zu diesen Themen vorliegen, so zum Beispiel das Konzeptpapier zur Einwanderungspolitik der AfD Sachsen und die sehr moderat gehaltenen Thesen Bernd Luckes zur deutschen Islamdebatte, ist vielmehr zu analysieren, welche Positionen die Parteimitglieder gegenüber rechtspopulistischen Standpunkten einnehmen und welche Rechtsaußen-Kontakte bestehen. Hinterfragt werden kann so zum Beispiel die Rolle des Zusammenschlusses „Patriotische Plattform“ innerhalb der AfD und die Beziehung der Partei zur Bewegung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des

---

19. Abrufbar auf der Homepage der Partei unter: <[www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/programm-grammatik/](http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/programm-grammatik/)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

Abendlandes“ (Pegida). Während die Partei sich anfänglich als konservativere FDP positionierte, sahen viele Parteienforscher den Aufbau einer deutschen FPÖ. Deutschland war auf europäischer Ebene in diesem Bereich eine Ausnahme; in den Nachbarländern führen national-konservative und national-populistische Gruppierungen teils bereits seit den achtziger Jahren Erfolge ein.

## **Deutsche FPÖ oder konservativere FDP? Wie weit rechts steht die AfD?**

Eine Studie des German Marshall Fund of the United States (GMF) zu Beginn des Jahres 2015 beschrieb die AfD als Musterbeispiel einer rechtspopulistischen Partei, sie sei keinesfalls den liberal-konservativen Parteien zuzuordnen.<sup>20</sup> Zu diesem Schluss kamen nicht alle Parteiforscher. Viele von ihnen attestierten der Partei einen populistischen Charakter, legten sich jedoch nicht fest, was deren rechtspopulistischen Züge anging. Entwickelt sich die Partei also zu einer deutschen FPÖ oder handelt es sich vielmehr um eine konservativere und populistischere Version der alteingesessenen FDP?

Da die AfD erst seit kurzer Zeit existierte, und Strukturen, Personen und Profile noch nicht gefestigt waren, bezogen sich die ersten Einschätzungen der Parteienforscher auf relativ kurze Zeiträume und waren somit anfechtbar. Vier Komponenten erschwerten die Einordnung der Partei in das Parteienspektrum: Die Heterogenität der Parteispitze<sup>21</sup>, die Heterogenität der Wähler, die schrittweise, intransparent gehaltene Entwicklung von einer „Ein- zu einer „Mehr-Themen-Partei“<sup>22</sup>, die bewusst diffus war um weiterhin als Protestpartei wahrgenommen zu werden<sup>23</sup> und schliesslich die irreführende Kommunikation der Partei, die rechtspopulistische

---

20. Timo Lochoki, „Countering Right-Wing Populism: The AfD and the Strategic Dilemma for Germany’s Moderate Parties“, *GMF Policy Brief*, Vol. 2, n° 1, February 2015.

21. Vergleiche hierzu: Alexander Häusler, „Die "Alternative für Deutschland" - Eine rechtspopulistische Partei?“, *Heinrich Böll Stiftung NRW*, 2013. Der Autor identifiziert in der Führungsspitze und bei den Wählern nationalliberale, nationalkonservative und rechtspopulistische Tendenzen.

22. Vergleiche hierzu: Claus Leggewie, Karl-Rudolf Korte, Marcel Lewandowsky, „Partei am Scheideweg: Die Alternative der AfD“, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, vol. 60 (2015), n° 6, S. 59-67. Die Autoren stellen fest, dass die Partei bis Herbst 2014 nicht als rechtspopulistisch zu bezeichnen ist, da eine xenophobe Programmatik nicht vorhanden war. Spätestens mit den Erfolgen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen bildete sich ein klar rechtes Profil heraus.

23. Vergleiche hierzu: Christian Nestler und Rohgalf, Jan, „Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union. Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs“, *Zeitschrift für Politik*, 61. Jg., 4/2014. Die Autoren konstatieren einen bewussten Einsatz von Populismus und eine Selbststilisierung als Opfer der Medien.

Themen zwar aufgriff, aber nicht als solche kommunizierte um einer Stigmatisierung als rechtspopulistische Partei zu entgehen<sup>24</sup>.

Einzig Anhaltspunkte liefern die 10 Islamthesen, über die der damalige Parteivorsitzende Bernd Lucke per Mitgliederrundschreiben im Herbst 2013 abstimmen liess und das Positionspapier der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag vom 6. Januar 2015 zu den Themen Asyl und Einwanderung.<sup>25</sup> Aus beiden Dokumenten wird offensichtlich, dass der Vorwurf, eine rechtspopulistische Partei zu sein, umgangen werden soll: Deutschland sei „ein tolerantes und weltoffenes Land“ und die AfD bekenne sich „nachdrücklich zum Schutz von Flüchtlingen und Schutzsuchenden“. Gleichzeitig bieten andere Textstellen viel Interpretationsspielraum und spielen in die Hände der rechtspopulistischen Kräfte innerhalb der Partei:

*„Wir erwarten von Einwanderern, dass sie unsere Sprache erlernen und ausdrücklich den Willen zu Eingliederung haben. Sie müssen wie jeder Deutsche unsere Rechtsordnung, unsere Kultur, unsere Sitten und Gebräuche und nicht zuletzt die gleichberechtigte Stellung der Frau in unserer Gesellschaft achten. Wir lehnen das Entstehen kultureller Enklaven und Parallelgesellschaften in unserem Land ab. Solche Entwicklungen dürfen nicht mit dem Hinweis auf Menschenwürde und Toleranz verharmlost werden.“*

Die Textstelle verdeutlicht die verkürzte Wahrnehmung der Flüchtlinge als Muslime und belebt implizit die kritische Einstellung gegenüber Menschen muslimischen Glaubens.

Die Abspaltung des liberal-konservativen Flügels im Sommer 2015 erleichtert nunmehr die Einordnung in das Parteienspektrum, war es doch gerade dieser Flügel, der die rechtspopulistischen Tendenzen der Partei vor der Öffentlichkeit verborgen halten wollte. Die Parteispitzen der AfD und der neugegründeten Partei Alfa scheinen homogener und werden dementsprechend auch eine „homogenere“ Wählerschaft mobilisieren. Liberal-konservative und national-konservative Positionen scheinen sich in den beiden Parteien unweigerlich auseinanderdividiert zu haben. Die AfD formuliert Thesen, die dem Rechtspopulismus zuzuordnen sind, nun offensiver. Gleichzeitig bleibt das Bewusstsein dafür bestehen, dass rechtspopulistische Parteien in Deutschland für eine Mehrheit der Wähler tabu bleiben. Die AfD betont also auch weiterhin ihren moderaten Charakter. Während sie zu Zeiten der Parteigründung eindeutig nicht als rechtspopulistisch zu bezeichnen ist, aber durchaus rechtspopulistische Kräfte mobilisierte, entwickelt sich die Partei im Herbst 2015 auf einem rechtspopulistischen Kurs.

---

24. Vergleiche hierzu: Nicole Berbuir, Marcel Lewandowsky, Jasmin Siri, „The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?“ *German Politics*, Volume 24, Issue 2, 2015, S. 154-178.

25. Abrufbar auf der Homepage der AfD Sachsen: <[www.afdsachsen.de/anlagen\\_db/presse/249.pdf](http://www.afdsachsen.de/anlagen_db/presse/249.pdf)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

Die Verschärfung der Flüchtlingskrise und die Vorreiterrolle, die Kanzlerin Merkel den Deutschen bei der Bewältigung dieser Krise zuschreibt, führten sowohl bei der AfD als auch bei Alfa zu einer deutlicheren Positionierung im Bereich der Asylpolitik.

Das Konzept „Mit Mut zu Deutschland das Asylchaos unter Kontrolle bringen!“<sup>26</sup> der AfD und das Konzeptpapier „Hilfskultur statt Willkommenskultur“<sup>27</sup> der Partei Alfa gleichen sich in den Kernforderungen nach einer Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum und der tatsächlichen Umsetzung der Dublin-Regeln. Die AfD geht in ihren Ausführungen jedoch einen deutlichen Schritt weiter, wenn sie fordert, dass das Recht, in Deutschland Asyl zu beantragen, aufzuheben sei. Asylanträge sollen vor Ort in den deutschen Botschaften oder „einzurichtenden Auffangzentren unter EU- oder UNHCR-Verwaltung“ gestellt werden. Als direkte Reaktion auf die Haltung der ungarischen Regierung in Hinblick auf die Flüchtlingskrise fordert die Partei, dass alle „asylrechtsbedingten Kosten“ von den Ländern, aus denen die „Immigranten“ eingereist sind an Deutschland zurückzuerstatten sind. Andernfalls sollte Deutschland gegenüber der EU Zurückbehaltungsrechte bezüglich der EU-Umlage geltend machen. Die weitere Positionierung der Partei in diesem Themenfeld muss in den folgenden Monaten beobachtet und auf rechtspopulistischen Inhalt untersucht werden.

Dass nur wenige Beobachter die Partei in den Anfangsmonaten, aber auch bis heute, dem Rechtspopulismus zuordnen, liegt vor allen Dingen daran, dass die Partei anhand der Kriterien der traditionellen extremen Rechten analysiert wurde: Faschismus, Ablehnung von Demokratie, das Ziel das System zu stürzen, der Kampf gegen Juden, Ausländer, Linke und EU, sowie die Bezugspunkte Rasse und Nation sind heute bei einer Mehrzahl der rechtspopulistischen Parteien und Organisationen nicht mehr zu finden. Diese kehren sich bewusst von der extremen Rechten ab, befürworten eine direkte Demokratie und plädieren für eine Transformation des politischen Systems nach rechts. Abgelehnt werden Muslime, die multikulturelle Gesellschaft sowie die Bürokratie der EU; Bezugspunkte sind Tradition, Kultur und Heimat. Es finden sich insgesamt also viele Schnittstellen mit den national-konservativen Kräften innerhalb der AfD.<sup>28</sup>

Die Nähe, die Teile des national-konservativen Flügels zur Bewegung Pegida, die im Spätherbst 2014 wöchentlich

---

26. Abrufbar auf der Homepage der Partei: <[www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2015/09/Asylpapier-zum-Flyer.pdf](http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2015/09/Asylpapier-zum-Flyer.pdf)> [letzter Zugriff: 10. September 2015].

27. Abrufbar auf der Homepage der Partei: <[www.alfa-bund.de/blog/alfa-hilfskultur-statt-willkommenskultur](http://www.alfa-bund.de/blog/alfa-hilfskultur-statt-willkommenskultur)> [letzter Zugriff 10. September 2015].

28. Vergleiche hierzu: Alexander Häusler, „Feindbild Moslem: Türöffner von Rechtsaußen hinein in die Mitte?“, in: Gideon Botsch, u.a. (Hrsg.), *Islamophobie und Antisemitismus - ein umstrittener Vergleich*, Berlin/Boston, Walter de Gruyter, 2012, S. 175.

zehntausende<sup>29</sup> Demonstranten mobilisieren konnte, suchten, ist als Indikator für die rechtspopulistischen Tendenzen innerhalb der Partei zu verstehen. Die Demonstrationen, die im ersten Semester 2015 deutlich abflauten, aber weiterhin stattfinden, richten sich gegen eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands und die „verfehlte“ Asyl- und Einwanderungspolitik. Bei einigen Ablegern der Bewegung sehen die Länderverfassungsschutzbehörden rechtsextreme Tendenzen.<sup>30</sup> Als ein zentrales Beispiel ist auch der Pegida-Initiator Lutz Bachmann anzuführen: Nachdem er kurzfristig aus der Bewegung ausstieg, als Facebook-Fotos von ihm veröffentlicht wurden, die ihn mit einem Hitler-Bart und -Scheitel zeigten, ist er seit Februar 2015 wieder im Vorstand aktiv.

Vertreter der AfD Sachsen, deren Landesvorsitzende Frauke Petry dem national-konservativen Flügel zuzuordnen ist, trafen sich zu Beginn des Jahres 2015 zum ersten Mal mit Personen aus dem Organisationsteam von Pegida. Hans-Thomas Tillschneider, Mitglied des Landesvorstandes AfD Sachsen lobte Pegida, eine Bewegung, der es nur noch „an einer Partei fehlt, die den Protest in die Parlamente trägt“.<sup>31</sup> Tillschneider agierte zudem als Sprecher des Zusammenschlusses „Patriotische Plattform“. Bei der „Patriotischen Plattform“ handelt es sich um keine offizielle Parteigliederung; darin organisieren sich vielmehr die AfD-Mitglieder, die sich „national-liberal“ nennen, mit besonderer Betonung auf „national“. Der Zusammenschluss unterliegt letztlich innerhalb des Parteigefüges dem Status des „Dissidententums“, ohne dass sich die Parteispitze bisher jedoch öffentlich von der „Patriotischen Plattform“ distanzierte. Die Plattform solidarisierte sich mit Abweichlern innerhalb der AfD, die der Parteispitze unangenehm wurden, wie zum Beispiel Dubrakova Mandic, dem Vorsitzenden des parteiinternen Landesschiedsgerichts, der den US-Präsidenten Barack Obama als „Quoteneger“ beschimpfte und gegen den ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet wurde, sowie Tanja Festerling, die nach ihrem Parteiausschluss als Kandidatin der Pegida-Bewegung bei den Oberbürgermeisterwahlen in Dresden angetreten ist.

Parallelen in den Forderungen der Partei und der Pegida-Bewegung sind nicht von der Hand zu weisen. Zu nennen ist so zum Beispiel der Vorschlag, eine Zuwanderungspolitik nach dem kanadischen und schweizerischen Modell zu etablieren. Bei den Demonstrationen wurden jedoch auch explizit fremdenfeindliche

---

29. Die Polizei gibt für Dresden eine Höchstzahl von 25.000 Teilnehmern am 12. Januar 2015 an. Die Organisatoren sprechen von 40.000 Demonstranten.

30. Zu nennen sind in diesem Kontext insbesondere der Berliner Ableger Bäriger und der Leipziger Ableger Legida. Einzelne Mitglieder der AfD nahmen des Weiteren an Demonstrationen der aus der Hooligan-Szene stammenden Aktionsgruppe „Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) teil.

31. Abrufbar auf der Homepage der Patriotischen Plattform: <[www.patriotische-plattform.de/blog/2014/11/11/pegida-statt-hogesa/](http://www.patriotische-plattform.de/blog/2014/11/11/pegida-statt-hogesa/)> [letzter Zugriff 24. August 2015].

Positionen eingenommen, was eine Kooperation der Partei mit der Bewegung auf eine schwierige Basis stellte. Der liberal-konservative Flügel der AfD distanzierte sich deswegen bereits vor der Abspaltung von der AfD deutlich von der Pegida-Bewegung: Während im Dezember 2014 noch Verständnis für die Sorgen der Demonstranten gezeigt wurde<sup>32</sup>, lehnte Bernd Lucke im Januar 2015 jegliche Kooperation mit Pegida ab.<sup>33</sup>

Die AfD Sachsen erhoffte sich hingegen von der Kooperation mit der rechtspopulistischen „Law-and-Order-Bewegung“ Wählerstimmen. Denn dort, wo die Union früher rechtspopulistisches Potential entsprechend absorbieren konnte, entstand nunmehr eine Lücke, die durch die Verbindung von Pegida und AfD zur einer neuen Rechten gefüllt hätte werden können. Dieses Szenario erscheint jedoch zunehmend unwahrscheinlich: Im März 2015 distanzierte sich der Pegida-Organisator Lutz Bachmann von der Partei: Es sei an der Zeit, den „Eliten zu zeigen, wer (...) das Sagen hat“. Die Partei habe „ihre Bodenhaftung verloren und schwämme mittlerweile fleißig im Polit-Apparatschik-Strom mit“.<sup>34</sup> Bei den Oberbürgermeisterwahlen in Dresden präsentierte Pegida dann eine eigene Kandidatin und kündigte an, auch bei den in 2016 anstehenden Landtagswahlen präsent zu sein, deutliche Indizien dafür, dass man die AfD nicht als parlamentarische Vertretung wahrnimmt. Pegida und AfD finden sich also zunehmend in einem Konkurrenzverhältnis wieder. Zwar bekannte sich Marcus Pretzel, damaliger Landessprecher der AfD-NRW auf dem AfD-Parteitag dazu, dass die AfD nunmehr eine Pegida-Partei sei.<sup>35</sup> Frauke Petry betonte hingegen, dass man sich nicht mit Pegida „verbrüdert“, aber festgestellt habe, dass Pegida Themen „auf die Straße gebracht hat“, um die sich die AfD kümmern müsse.<sup>36</sup>

---

32. „Der AfD-Vorsitzende Lucke zeigt Sympathie für das rechte Bündnis“, *Süddeutsche Zeitung*, 9. Dezember 2014, abrufbar unter: <[www.sueddeutsche.de/politik/reaktionen-auf-demos-afd-spitze-stellt-sich-hinter-pegida-1.2259371-2](http://www.sueddeutsche.de/politik/reaktionen-auf-demos-afd-spitze-stellt-sich-hinter-pegida-1.2259371-2)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

33. „AfD-Chef Lucke im Interview: Das Wählerpotenzial für uns ist hoch“, *Der Spiegel*, 15. Januar 2015, abrufbar unter: <[www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-bernd-lucke-verteidigt-pegida-demonstration-in-dresden-a-1013046.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-bernd-lucke-verteidigt-pegida-demonstration-in-dresden-a-1013046.html)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

34. „Pegida will den Eliten zeigen, wer hier das Sagen hat“, *Leipziger Volkszeitung*, 16. März 2015, abrufbar unter: <[www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Pegida-will-den-Eliten-zeigen-wer-hier-das-Sagen-hat-Teilnehmerzaehlung-wird-zum-Flop](http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Pegida-will-den-Eliten-zeigen-wer-hier-das-Sagen-hat-Teilnehmerzaehlung-wird-zum-Flop)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

35. Rede von Marcus Pretzell beim Essener Parteitag am 4. Juli 2015, abrufbar unter: <[www.youtube.com/watch?v=T756cXC1k\\_0&feature=player\\_embedded](http://www.youtube.com/watch?v=T756cXC1k_0&feature=player_embedded)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

36. Interview mit Frauke Petry: „Mit dem Front National hat die AfD nichts gemeinsam“, *Die Zeit*, 8. Juli 2015, abrufbar unter: <[www.zeit.de/politik/deutschland/2015-07/frauke-petry-afd-bernd-lucke](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-07/frauke-petry-afd-bernd-lucke)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

Auf Einladung des AfD-Landesverbands Sachsen, der Landtagsfraktion und des Kreisverbandes Dresden<sup>37</sup> wurde Mitte August eine erste Demonstration gegen die Asylpolitik in Sachsen und auf Bundesebene initiiert. Ziel der Partei könnte es sein, Pegida-Anhänger durch diese Initiative zu mobilisieren und gleichzeitig Distanz zu der Bewegung zu halten, der durch die Demonstration das zentrale Aktivitätsfeld streitig gemacht wird.

Die Partei hatte schon in der Gründungszeit Probleme, die Rechtsaußen-Kontakte der Parteimitglieder einzudämmen. Parteiausschlussverfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten oder Äusserungen müssen laut geltendem Parteiengesetz durch das jeweils zuständige Landesschiedsgericht der Partei beschlossen werden.<sup>38</sup> Dies ist jedoch mit großem zeitlichem Aufwand verbunden. Eine Unterwanderung der Partei durch rechtsextremistische Strömungen wurde bereits in der ersten Monaten befürchtet; im AfD-Bezirksverband Düsseldorf wurde der sogenannte „Düsseldorfer Appell“ veröffentlicht, der aktiven und früheren Mitgliedern der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und der „Deutschen Volksunion“ (DVU), aber auch der Republikaner, Pro Köln und ProNRW den Parteieintritt verbieten soll. Das AfD-Gründungsmitglied und stellvertretende NRW-Landeschef Martin Renner bezeichnete den Appell jedoch als „Hysterisierung, eine Hexenjagd, geführt mit den Instrumenten der politischen Korrektheit“<sup>39</sup>. In einem Interview im Mai 2015 betonte der AfD-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag, Björn Höcke, dass nicht jedes „einzelne NPD-Mitglied als extremistisch einzuschätzen“<sup>40</sup> sei.

## **Die AfD, ein Nachzügler auf EU-Ebene**

Anders als in den Nachbarländern ist Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland bislang eine Randerscheinung geblieben. Trotz vereinzelter Wahlerfolge ab Ende der achtziger Jahre konnten sich rechtspopulistische Bewegungen und Parteien bis heute nicht langfristig und flächendeckend in Deutschland etablieren. Versuche gab es hingegen durchaus: 1986 wurde durch ehemalige

---

37. Abrufbar auf der Homepage des Kreisverbandes Dresden: <[www.afd-dd.de/events/einladung-zur-asyl-demo-nach-dresden-am-19-08-2015/](http://www.afd-dd.de/events/einladung-zur-asyl-demo-nach-dresden-am-19-08-2015/)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

38. Abrufbar auf der Homepage der Partei: <[www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2015/02/AfD\\_Satzung\\_31-01-15.pdf](http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2015/02/AfD_Satzung_31-01-15.pdf)> [letzter Zugriff 24. August 2015].

39. „Anti-Euro-Partei befürchtet Unterwanderung durch Neonazis“, *Die Welt*, 5. Juli 2013, abrufbar unter: <[www.welt.de/print/die\\_welt/politik/article117740976/Anti-Euro-Partei-AfD-fuerchtet-Unterwanderung-durch-Neonazis.html](http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article117740976/Anti-Euro-Partei-AfD-fuerchtet-Unterwanderung-durch-Neonazis.html)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

40. Interview mit Björn Höcke im Deutschlandfunk, nachlesbar auf: <[www.deutschlandfunk.de/afd-machtkampf-ich-habe-keinerlei-verhaeltnis-zur-npd.694.de.html?dram:article\\_id=319675](http://www.deutschlandfunk.de/afd-machtkampf-ich-habe-keinerlei-verhaeltnis-zur-npd.694.de.html?dram:article_id=319675)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

Mitglieder der CSU die deutsche Kleinpartei „Die Republikaner“ (REP) gegründet. Die Partei versteht sich selbst als rechtskonservativ und erlangte zum ersten Mal bei den bayrischen Landtagswahlen 1986 einen Achtungserfolg von 3%. Es folgten weitere gute Ergebnisse bei verschiedenen Landtagswahlen und den Europawahlen 1989. Inzwischen verlor die Partei jedoch an Bedeutung. Seit 2001 ist sie nur noch auf kommunaler Ebene vertreten und erlangte bei den letzten Europawahlen im Jahr 2014 lediglich 0,4%. Nicht von Erfolg gekrönt war die Gründung weiterer Kleinparteien wie zum Beispiel der STATT-Partei, die ab 1995 von Rechtsextremen unterwandert wurde, dem Bund freier Bürger, der bis 2000 existierte und sich stark an Jörg Haider's FPÖ orientierte sowie der Partei „Pro Deutsche Mitte - Initiative Pro D-Mark“, die bis 2007 existierte und durch rechte Propaganda auffiel.

Gemein ist allen rechtspopulistischen Parteien, dass sie vor allem dann Erfolge verbuchen können, wenn sie eine gesellschaftlich höchst relevante Konfliktposition vertreten. Grundsätzlich wird die Stimmabgabe für eine rechtspopulistische Partei von den deutschen Wählern indes als Tabu gesehen. Diese Voraussetzung wurde von den Republikanern erfüllt. Sie boten in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren radikale Lösungen für den Anstieg der Anzahl der Asylsuchenden auf 440.000. Dieser Anstieg war durch die Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ und die Konfliktsituationen im ehemaligen Jugoslawien bedingt.

Ein ähnlicher Mechanismus kann derzeit bei der sogenannten Pro-Bewegung beobachtet werden. Die Gruppierung stellt sich selbst als konservativ und Bürgerbewegung dar, arbeitet jedoch eng mit Neonazis zusammen und wurde aus der rechtsextremen Bewegung „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ gegründet. Bei den Kommunalwahlen 2009 konnte ProKöln mit 5,4% der Stimmen mehr als einen Achtungserfolg einfahren, da sie den Islam als neues Gewinnthema für Rechtspopulisten mobilisierten. Dort, wo der alte völkisch-nationalistische Rassismus bei den Wählern auf taube Ohren stößt, kann der neuartige Kulturalismus Wählerschaft mobilisieren. So findet „Freiheit statt Islam“ mehr Anklang bei deutschen Wählern als die Parole „Ausländer raus“.

Zu unterstreichen ist auch, dass die Zahl rassistischer Übergriffe auf Asylbewerberheime in den vergangenen Monaten in Deutschland stark gestiegen ist. Nach Angaben der Bundesregierung wurden im letzten Quartal 2014 bundesweit 67 rechtsextrem motivierte Straftaten registriert - mehr als im gesamten Jahr 2013.<sup>41</sup> Für das erste Semester 2015 hat das Innenministerium die vorläufige Zahl von 202 Übergriffen mitgeteilt. Der starke Anstieg der

---

41. Wie aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, richteten sich die Attacken gegen Flüchtlingsunterkünfte oder ihre Bewohner. Sie reichten von der Volksverhetzung bis zu Angriffen mit Waffen oder Brandsätzen.

Asylanträge in Deutschland bedingt diese Stimmung. Tatsache ist, dass in Deutschland europaweit die meisten Asylanträge gestellt werden: Das „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF) hatte für das Jahr 2014 insgesamt 200.000 Asylsuchende prognostiziert – mit 202.000 Antragstellern hat sich dies auch realisiert. Das BAMF für das Jahr 2015 seine Prognosen jedoch mehrmals nach oben korrigieren und geht derzeit von 800.000 Anträgen aus. Auch diese Prognose wird sich sicherlich erneut nach oben revidiert werden müssen. Die Anzahl der Asylsuchenden in Deutschland wird sich also im Vergleich zu den Zahlen von 1992 mehr als verdoppeln. Hier schliesst sich somit der Kreis zu den Wahlerfolgen der „Republikaner“ in den achtziger und neunziger Jahren. Das Angstpotential der Wähler will auch im Jahr 2015 durch eine Partei aufgefangen werden.

Nicht wenige Kommentatoren zogen deswegen früh den Vergleich zur französischen Partei *Front national* (FN). Dies dürfte die Parteivorsitzende Marine Le Pen durchaus gefreut haben, zeigte sie sich doch bereits nach den Bundestagswahlen von der neuen Partei beeindruckt. Gerne hätte sie die AfD in der Fraktion „Europa der Nationen und Freiheiten“ (ENF) im Europäischen Parlament dabei gehabt. Die Entscheidung der AfD für die Fraktion „Europäischer Konservativer und Reformisten“ (EKR) lässt hingegen zwei Schlüsse zu: Im Mai 2014 war ein Vergleich der AfD mit der FN nicht gerechtfertigt. Zwar verorteten sich beide Parteien jenseits von rechts und links. Wählerschaft und Parteiprogrammatik liessen jedoch kaum Parallelen zu. Während die Wähler der FN eher in der Unterschicht zu finden sind (43% aus dem Arbeitermilieu, 37% ohne Abitur, 30% aus Haushalten mit niedrigem Einkommen)<sup>42</sup> stammten die Wähler der AfD aus der deutschen Ober- (26%) oder Mittelschicht (53%), 55% hatten Abitur und/oder studiert, 44% verfügten über ein Haushaltsnettokommen von 3.000€ oder mehr. Vor allem Angestellte (62%) und Rentner (34%) stimmten für den eurokritischen Kurs der Partei, Arbeiter waren kaum vertreten (8%).<sup>43</sup> Auch die wirtschaftsliberale Ausrichtung der AfD (mit dem Europaabgeordneten Kai-Olaf Henkel als „personifiziertem Radikalkapitalismus“<sup>44</sup>) liess sich nicht mit dem von der FN vertretenen Protektionismus versöhnen. Sicherlich gab es bereits zu Zeiten der Europawahl 2014 ultrarechte Randgruppen innerhalb der AfD, die innerhalb der Partei an Macht gewinnen wollten. Zu erinnern ist jedoch daran, dass die FN vom wirtschaftsliberalen Flügel als

---

42. « Elections européennes 2014. Comprendre le vote des Français », Ipsos/STERIA pour France Télévisions, Radio France, Le Point, LCP Public Senat, France 24, abrufbar unter: <[www.fr.scribd.com/doc/226037674/Europeennes-Ipsos-Comprendre-Le-Vote-Des-Francais](http://www.fr.scribd.com/doc/226037674/Europeennes-Ipsos-Comprendre-Le-Vote-Des-Francais)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

43. Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa, abrufbar unter: <[www.stern.de/politik/deutschland/forsa-analyse-wer-die-afd-waehlt-3172084.html](http://www.stern.de/politik/deutschland/forsa-analyse-wer-die-afd-waehlt-3172084.html)> [letzter Zugriff: 24/ August 2015].

44. Gero Von Randow, „Rechts ist nicht gleich rechts“, *Die Zeit*, n° 14, 2014, abrufbar unter: <[www.zeit.de/2014/14/front-national-afd-rechts](http://www.zeit.de/2014/14/front-national-afd-rechts)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

ultrarechte Partei eingestuft wurde. Der damalige Parteivorsitzende Bernd Lucke lehnte dementsprechend auch zur Imagepflege jeden Gesprächstermin mit Marine Le Pen ab. Auch Frauke Petry vom national-konservativen Flügel der AfD streitet bis heute ab, dass die AfD sich in eine deutsche FN verwandeln könnte.<sup>45</sup>

Die Entscheidung, der Fraktion „Europäischer Konservativer und Reformisten“ beizutreten, war im Mai 2014 dementsprechend die logische Konsequenz. Bei der Fraktion, so analysierte der Politikwissenschaftler Dieter Plehwe, handelt es sich nicht um eine „Fundamentallopposition gegen Europa“, sondern um eine „Bündnispolitik mit den Mainstreamparteien“, also den bürgerlichen Parteien.<sup>46</sup>

Im Sommer 2015 kam es jedoch innerhalb der Partei zu einer Richtungsentscheidung. Die Spannungen zwischen dem wirtschaftsliberalen, der bei den Europawahlen 2014 die Oberhand behielt und dem nationalkonservativen Flügel der AfD führten unweigerlich in die Spaltung der Partei. Während der national-konservative Flügel die Partei nunmehr dominiert, hat sich ein großer Teil des wirtschaftsliberalen Flügels zu der neuen Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (Alfa) zusammengefunden. Beide Flügel finden sich indes weiter in der EKR-Fraktion wieder. Während Alfa durch die Europaabgeordneten Bernd Lucke, Kai-Olaf Henkel, Bernd Kölmel, Joachim Starbatty und Ulrike Trebesius das Bild der liberal-konservativen Experten- und Akademikerpartei bestätigt, sind auf Seiten der AfD mit Beatrix von Storch und Marcus Pretzell zwei „Hardliner“ des national-konservativen Flügels im Europäischen Parlament vertreten. Marcus Pretzell zeigte schon im Vorfeld wenig Berührungsängste gegenüber rechtspopulistischen Parteien im Europaparlament; Von Storch fällt vor allen Dingen durch ihren Kampf für das traditionelle Familien- und Frauenbild und gegen den „Genderwahn“ auf. Ob sich die AfD derzeit also noch in der richtigen Fraktion im EP befindet, ist fraglich.

---

45. Interview mit Frauke Petry: „Mit dem *Front National* hat die AfD nichts gemeinsam“, *Die Zeit*, 8. Juli 2015, abrufbar unter: <[www.zeit.de/politik/deutschland/2015-07/frauke-petry-afd-bernd-lucke](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-07/frauke-petry-afd-bernd-lucke)> [Letzter Zugriff: 24. August 2015].

46. „Die Chancen der kleinen Parteien“, *Deutschlandfunk*, 18. Mai 2014, abrufbar unter: <[www.deutschlandfunk.de/europawahl-die-chance-der-kleinen-parteien.724.de.html?dram:article\\_id=285722](http://www.deutschlandfunk.de/europawahl-die-chance-der-kleinen-parteien.724.de.html?dram:article_id=285722)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

# Perspektiven der AfD und Alternativen zur „Alternative für Deutschland“

---

Dass die Partei heterogen genug war, um an den internen Streitigkeiten zu zerbrechen, wurde spätestens im Juni klar: der Delegiertenparteitag verschoben und schliesslich als Mitgliederparteitag im Juli 2015 organisiert wurde. Bernd Lucke und der liberal-konservative Flügel erhofften sich, durch die Mitglieder mehr Unterstützung bei der Wahl des Parteivorsitzes zu erlangen. Die bisherige Dreierspitze, die bisher beide Flügel vertrat, sollte so im Rahmen des Parteitages auf einen einzigen Parteichef reduziert werden. Ein Lagerkampf war nunmehr unausweichlich.

Bereits im Mai 2015 initiierte Bernd Lucke die Gründung des Vereins „Weckruf 2015“ innerhalb der Partei. Ziel war es, sowohl „konservative, als auch liberale und soziale Wertvorstellungen“ in der AfD beizubehalten. Der Verein lehnte somit „ausländerfeindliche, rassistische, nationalistische, antisemitische, islamfeindliche (...), homophobe, rechts- oder linksradikale“<sup>47</sup> Positionen ab, die man in den Reihen des national-konservativen Flügels vermutete.<sup>48</sup>

Bei der Wahl des Parteivorstands beim Parteitag in Essen am 4. und 5. Juli 2015 erhielt die Vertreterin des national-konservativen Flügels Frauke Petry dann 60%<sup>49</sup> der Mitgliederstimmen, der Wirtschaftsliberale Bernd Lucke rund 38%.

Bereits in ihrer Bewerbungsrede beim Parteitag hatte Frauke Petry auf den neuen Kurs der AfD geschworen: nun solle „Politik gemacht werden für Leute wie von der Pegida-Bewegung“. Eine Religion wie der Islam transportiere ein Staatsverständnis, das (...) in Europa vollkommen fremd sei. Die Bemerkung Luckes, Millionen

---

47. Beitrittsbedingungen des Vereins „Weckruf 2015“, abrufbar unter: <[www.weckruf2015.de/beitritt](http://www.weckruf2015.de/beitritt)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

48. Kurzfristig wurde der Verein vom Bundesschiedsgericht für satzungswidrig erklärt und die Auflösung durch den Bundesvorstand angeordnet, dieses Verbot wurde aber schließlich wieder aufgehoben.

49. Zum zweiten Sprecher wurde Jörg Meuthen mit 62% der Stimmen gewählt. Er ist keinem der beiden Lager zuzuordnen und wird ab dem Programmparteitag im Dezember 2015 stellvertretender Sprecher. Zu den direkt gewählten stellvertretenden Sprechern wurden Alexander Gauland, Beatrix von Storch sowie Hessens Landesvorsitzender Albrecht Glaser ernannt, der Europa für ein linksradikales Projekt hält.

Muslimen besäßen die deutsche Staatsbürgerschaft, wurde hingegen von vielen Mitgliedern niedergebuh.

Der Parteiaustritt Luckes war nach seiner Abwahl nur eine Frage der Zeit, es folgten ihm vier weitere Europaabgeordnete und zahlreiche Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende. Denn nach der deutlichen Zustimmung der Mitglieder zum national-konservativen Lager blieben dem liberal-konservativen Flügel letztlich nur drei Optionen: aus der Partei auszutreten und das Scheitern anzuerkennen, aus der Partei auszutreten und eine neue Partei zu gründen oder jedoch in der Partei zu „überwintern“ und auf die Rückkehr einer wirtschaftsliberalen Mehrheit zu hoffen. Der Verein Weckruf 2015 entschied sich für eine Mitgliederbefragung, bei der sich 71% für die Gründung einer neuen Partei aussprachen, 44% erklärten sich zu einer Mitarbeit an dieser neuen Parteieninitiative bereit. 58% der Befragten erklärten zudem, dass sie bereits die AfD verlassen hätten oder planten, dies definitiv zu tun.<sup>50</sup>

Nur zwei Wochen nach dem Richtungsentscheid der AfD beim Essener Parteitag wurde die Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (Alfa) gegründet. Parteivorsitzender ist Bernd Lucke. Durch die Übertritte aus der AfD hat die Partei bereits fünf Vertreter im EP, einen Vertreter im Thüringer Landtag sowie drei Abgeordnete in der Bremer Bürgerschaft. Alfa, so zeigt es das Parteiprogramm, setzt es sich zum Ziel, an die Gründungsmonate der AfD anzuschließen. Weite Teile des Programms sind den Leitlinien der AfD entnommen.<sup>51</sup> Bernd Lucke ordnet die Partei nunmehr links von der AfD, rechts von der CDU aber keinesfalls als Lückenfüller für die FDP ein.<sup>52</sup>

Gleichzeitig enthält das Programm deutliche Signale, um eine erneute Unterwanderung durch rechtspopulistische Mitglieder zu vermeiden. So heisst es in der Präambel: „Wir wehren uns gegen eine Politik der populistischen Schlagworte – entschieden gegen hetzerische Äusserungen und Versuche, fundamentale Persönlichkeitsrechte von Minderheiten einzuschränken“. „Einwanderung nach völkischen oder kulturchauvinistischen Kriterien zu steuern“ wird abgelehnt; islamfeindlichen Standpunkten durch die Leitlinie vorgebeugt, dass die Menschen islamischen Glaubens, die friedlich und integriert als Freunde, Nachbarn und Arbeitskollegen unter uns leben, (...) Teil unserer Gesellschaft (sind) und ihnen gilt unsere Solidarität gegen alle pauschalen und undifferenzierten Angriffe“.<sup>53</sup> Bernd Luckes Abgrenzung zur rechtspopulistischen

---

50. „Neue Partei? Luckes Anhänger sagen ja“, *Tagesschau.de*, 9. Juli 2015, abrufbar auf: <[www.tagesschau.de/inland/afd-lucke-111.html](http://www.tagesschau.de/inland/afd-lucke-111.html)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

51. Dies führte zu einem Streit mit der AfD, da die Partei die Leitlinien als „geistiges Eigentum“ betrachten.

52. Interview mit Bernd Lucke: „Unverstellter Ausblick“, *Der Spiegel* 31/2015.

53. Parteiprogramm Alfa, abrufbar auf der Homepage der Partei: <[www.alfa-bund.de/wp-content/uploads/2015/08/Parteiprogramm-ALFA.pdf](http://www.alfa-bund.de/wp-content/uploads/2015/08/Parteiprogramm-ALFA.pdf)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

Szene ist seit Gründung der Partei Alfa noch expliziter: Er betont, dass die AfD als bürgerliche, stark akademisch geprägte Partei gestartet ist, die Gemäßigten jedoch von den „Wutbürgern“ zurückgedrängt wurden. Die Erschütterung seiner Machtposition in der AfD habe er bewusst in Kauf genommen, indem er sich positionierte: für Wirtschaftssanktionen, falls Russland in die Ukraine einmarschiert, für die Religionsfreiheit, für qualifizierte Zuwanderung. Die jetzige AfD-Führung hingegen sei einfach mit dem Strom einer immer stärker prorussischen, islamfeindlichen und latent fremdenfeindlichen Stimmung geschwommen.<sup>54</sup>

Aus diesem Grund gelten in der Partei Alfa strenge Eintrittsregeln für unbekannte Neumitglieder: sie erhalten vorerst eine einjährige Gastmitgliedschaft und müssen zudem ein Bekenntnis gegen Ausländer- und Islamfeindlichkeit und für die Westorientierung unterschreiben. Die Alfa-Satzung erlaubt, eine schwarze Liste für Personen einzuführen, die der Partei nicht beitreten dürfen. Dies gilt zum Beispiel für ehemalige Mitglieder rechtsradikaler Parteien.

Wie sich AfD und Alfa bei den nächsten Landtagswahlen, insbesondere aber bei den Bundestagswahlen 2017, schlagen werden, hängt nicht nur davon ab, wo sich die Parteien parteiprogrammatisch verorten werden. Auch verschiedene externe Faktoren spielen eine Rolle. Die potentielle Wählerschaft der Partei Alfa befindet sich derzeit im liberal-konservativen Lager, Wähler müssen von der FDP und der CDU/CSU abgeworben werden. Ausschlaggebend wird hier sicherlich die weitere Europapolitik der Union sein und die Fähigkeit der FDP, sich erneut in der deutschen Parteienlandschaft zu profilieren. Der Erfolg der AfD wiederum hängt davon ab, ob der aktuelle Regierungskurs im Bereich der Asyl- und Einwanderungspolitik von der Gesellschaft mitgetragen wird. Können nur Wähler am rechten, radikalen Rand mobilisiert werden, droht der Partei ein ähnliches Schicksal wie der NPD, die für eine starke Mehrheit der deutschen Wähler nicht wählbar ist.

Relativ offen zeigt sich bezüglich einer rechtspopulistischen Aufstellung die AfD-Parteispitze. Frauke Petry forderte, die AfD müsse ihre Angst bekämpfen, als rechts zu gelten; für den stellvertretenden Sprecher und Fraktionsvorsitzenden der AfD im Brandenburgischen Landtag Alexander Gauland gibt es keine roten Linien mehr, nur die des Grundgesetzes.<sup>55</sup> Meinungsäußerungen aus der Parteibasis lassen jedoch eine baldige Eskalation vermuten. Die Tatsache, dass Barack Obama als „Quotenneger“ und der Koran mit Hitlers „Mein Kampf“ verglichen wurde, mögen als Anzeichen hierfür gelten. Auch die Diskussion im Parteivorsitz darüber, dass Parteiausschlussverfahren gegen Björn Höcke wegen seiner Aussage, dass nicht alle NPD-Mitglieder als extremistisch einzustufen

---

54. Interview mit Bernd Lucke: „Unverstellter Ausblick“, *Der Spiegel* 31/2015.

55. Melanie Amann, „Angriff von rechts“, *Der Spiegel* 29/2015.

seien, fallenzulassen, lässt die weitere Verortung der Partei am äusseren rechten Rand vermuten.

Es lässt sich eine weitere Tendenz feststellen: Im Gegensatz zu den westdeutschen Landesverbänden, von denen zahlreiche Mitglieder mit Bernd Lucke die Partei verlassen haben, verzeichnete die AfD Sachsen anfänglich nur einzelne Austritte. Die Landesvorsitzende der AfD Sachsen, Frau Petry, wird laut Parteisatzung ab Dezember 2015 alleinige Bundesparteivorsitzende. Zwei Optionen ergeben sich daraus: Erstens wird die Parteibasis der AfD dadurch sächsischer; nationalkonservative Kräfte dominierten in der AfD Sachsen bereits in der Anfangszeit der Partei. Zweitens könnte sich die Partei jedoch auch als Landespartei entwickeln.

Der Plan der Partei Alfa, ihre Daseinsberechtigung vom weiteren Verlauf der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Eurozone abhängig zu machen, scheint riskant. Vermerkt werden muss, dass Bernd Lucke mit seinem euroskeptischen und liberal-konservativen Kurs genau zu dem Zeitpunkt als Parteivorsitzender abgewählt wurde, als in Griechenland das Referendum zur Staatsschuldenkrise abgehalten wurde. Sollte Alfa als „Ein-Themen-Partei“ also auf die Finanz- und Wirtschaftskrise als Erfolgsgarant setzen, erscheint der Erfolg bei der Bundestagswahl 2017 unwahrscheinlich.

Wenn die AfD den Platz rechts von der CSU einnimmt, ist fraglich, ob hier zudem ausreichend Platz für Alfa zur Verfügung steht. Während sich Alfa nicht als Lückenfüller der FDP verorten möchte, wird ihre Zukunft dennoch unweigerlich von der weiteren Entwicklung der Partei abhängen. Die liberale Partei scheint sich derzeit als neue konservative Alternative zur aktuellen Europapolitik der Bundesregierung positionieren zu wollen. Der Parteivorsitzende Christian Lindner hat die Partei in einem Zeitungsinterview<sup>56</sup> auf den neuen Kurs gebracht. Lindner forderte so (zumindest vorübergehend) den Austritt Griechenlands aus dem Euroraum. Er befürwortete aber eine gleichzeitig engere Währungsunion minus Griechenland und eine stark geostrategische Rolle für die Europäische Union insgesamt. Die FDP könnte also Wählerstimmen von Alfa, aber auch von der ultra-nationalen AfD zurückgewinnen.

Ein erster Test für die Bundestagswahlen 2017 werden die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im März 2016 sein. Derzeit sehen Umfragen die AfD bei der Frage „Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären“ bei 5%<sup>57</sup>. Während es 15% der Wähler

---

56. Interview mit Christian Lindner: „Das EZB-Programm ist zu erfolgreich“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. Mai 2015, abrufbar unter: <[www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fdp-chef-christian-lindner-im-interview-ueber-den-grexit-13572211.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fdp-chef-christian-lindner-im-interview-ueber-den-grexit-13572211.html)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

57. Politbarometer, abrufbar auf: <[www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Politbarometer/](http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Politbarometer/)> [letzter Zugriff 2. Oktober 2015].

wichtig ist, dass die FDP im nächsten Bundestag vertreten ist, sind dies bei der AfD nur 5%. Gerade bei den zentralen Themen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie Zuwanderung büßt die AfD an Profil ein. Noch im Jahr 2014 sahen 58% der Wähler in der AfD die Partei, die für die Abschaffung des Euro eintritt, aktuell liegt die Zahl bei 38%. Bei den Themen Zuwanderung und Asyl sank die Zahl von 60% (2014) auf 46%.<sup>58</sup> In diesem Bereich sind durch die aktuelle Situation in Deutschland und den weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen Verschiebungen zu erwarten.

Der neu gegründeten Partei Alfa muss es wiederum gelingen, bis März 2016 kräftige Parteistrukturen aufzubauen. Dass dies in kürzester Zeit gelingen kann, hat der Parteivorsitzende Lucke bereits 2013 in der Gründungszeit der Partei AfD bewiesen. Bisher haben jedoch lediglich 56% der deutschen Wähler die Gründung der Partei Alfa überhaupt registriert. Weniger als 5% der Befragten können sich vorstellen, diese Partei bei künftigen Wahlen zu wählen, sei es auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene.<sup>59</sup>

---

58. Allensbach Studie, „Die Rückkehr der FDP“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. August 2015, abrufbar unter: <[www.faz.net/aktuell/politik/inland/umfrage-die-fdp-kehrt-zurueck-die-afd-verliert-13756953.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/umfrage-die-fdp-kehrt-zurueck-die-afd-verliert-13756953.html)> [letzter Zugriff: 24. August 2015].

59. *Ibid.*

## Fazit

---

Das Szenario einer Pegida-nahen AfD, das immer wahrscheinlicher erscheint, stellt eine Gefahr für die politische Kultur Deutschlands dar. In diesem Fall würde die Partei im Hochgefühl grundsätzlicher Opposition verweilen und nicht auf konkrete Änderungen hinarbeiten, sondern auf die Bestätigung einer bewusst hergeführten Selbstisolation. Praktische Arbeit wäre kaum möglich, fremdenfeindliche Hetze auf der Tagesordnung.

Zu einem nicht unbeträchtlichen Anteil wird die Fähigkeit der Entscheidungsträger, auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene eine kohärente und transparente Asylpolitik mit klaren Regeln voranzutreiben sowie eine schnelle und effiziente Integrationspolitik für die Asylanten mit Bleiberecht aufzubauen, ausschlaggebend für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien und somit auch der AfD im deutschen Parteienspektrum sein. Dort wo bei den deutschen „Wutbürgern“ Potential für *Anti-Establishment*-Parteien und – Bewegungen besteht, ist noch nicht abschätzbar, ob sie rechtspopulistische Inhalte akzeptieren werden.

## Notes du Cerfa

---

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in monatlichem Rhythmus und analysiert die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des heutigen Deutschlands: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Die Publikation wird in elektronischer Form kostenlos an etwa 2.000 Abonnenten versandt, ebenso wie die „Visions franco-allemandes“, und ist zudem auf der Internetseite des Cerfa verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

### ***Letzte Veröffentlichungen des Cerfa***

Gabriel Felbermayr, « Die TTIP Debatte in Deutschland », *Note du Cerfa* n°124, Juni 2015.

Franca Diechtl, Severin Fischer, « Unter neuen Vorzeichen: Transformationsprozesse und Kooperationsmodelle in den deutsch-französischen Energiebeziehungen », *Vision franco-allemande*, n°26, Juni 2015.

Annegret Bendiek, « Der Review 2014: Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik und weltweite Erwartungen », *Note du Cerfa*, n°123, Juni 2015.

Frank Umbach, « Die deutsche Energiewende am Scheideweg: Globaler Energiedruck versus grüne Insel », *Note du Cerfa*, n°122, Mai 2015.

Marcus Engler, Martin Weinmann, « EU-Migration nach Deutschland: Aktuelle Trends », *Note du Cerfa*, n°121, März 2015.

# Das Cerfa

---

Das „Comité d'études des relations franco-allemandes“ (Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa) wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Die Amtsvormundschaft des Cerfa kommt seitens Frankreich dem Ifri und seitens Deutschland der DGAP zu. Das Cerfa wird paritätisch durch das Ministère des Affaires étrangères et du Développement international und das Auswärtige Amt finanziert. Des Weiteren besteht der Verwaltungsrat aus einer gleichen Anzahl an deutschen und französischen Persönlichkeiten.

Das Cerfa setzt sich das Ziel, Prinzipien, Bedingungen und Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren.

Dieses Ziel wird durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare, die hohe Beamte, Experten und Journalisten versammeln sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses verwirklicht.

Prof. Dr. Hans Stark leitet das Generalsekretariat des Cerfa seit 1991. Dr. Barbara Kunz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin. Nele Wissmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und für das Projekt „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ zuständig. Lea Metke ist Projektbeauftragte im Cerfa.